



gezeit

Liebe Leser_Innen

Lange Zeit gab es keine Ausgabe der GeZeit mehr, lange Zeit haben wir damit verbracht, einen Aufhänger zu suchen. Einen Anlass und somit einen Kontext, zu dem wir einen weiten Themenbogen spannen können, haben wir nun allerdings doch gefunden: **Vom 14. – 16. Mai findet die Wahl der Österreichischen HochschülerInnenschaft statt.**

Daher – und um euch die Zeit in den Vorlesungen etwas amüsanter zu gestalten – inkludiert dieses Exemplar unserer Zeitschrift Informationen und somit hoffentlich etwas mehr Einsicht sowohl zu **Basisdemokratie** und **Unipolitik** als auch zu diversen Univertretungsfractionen. Gesittet und gemäßigt, subtil und wertfrei fällt unser Beitrag zur ÖH-Wahl mit Gewissheit nicht aus, aber wir sind überzeugt, dass er gerade deshalb notwendig ist.

Eure GEWI

#4 :bibini

#5 Vertreter_innen der Basis

#8 PädagogInnenbildung Neu

#10 „Kapazitäten“ – „Studienplatzfinanzierung“ – „Zugangsregeln“ oder doch lieber „Orientierung“?

#13 Zur Durchlässigkeit des Bologna-systems an der Uni Wien

#14 Das Märchen vom feministischen
Mainstream

#16 Nicht trotz. Wegen!

#19 „Wir sind die Guten“

#21 „Vom Wahn und Wahnsinn der SOLI“

2

Impressum:

Herausgeberin: FV Gewi,
ÖH Uni Wien, Altes AKH,
Uni Campus, Hof 1,
Spitalgasse 2-4, 1090 Wien
fv-gewi@univie.ac.at

www.fvgewi.at

Redaktion: Gewi Plenum

Druck: digidruck.at

Erscheinungsdatum: April 2013

Die GEWI ist eine basisdemokratische Gruppe, die linke und kritische Politik bezüglich Gesellschaft und Universität macht.

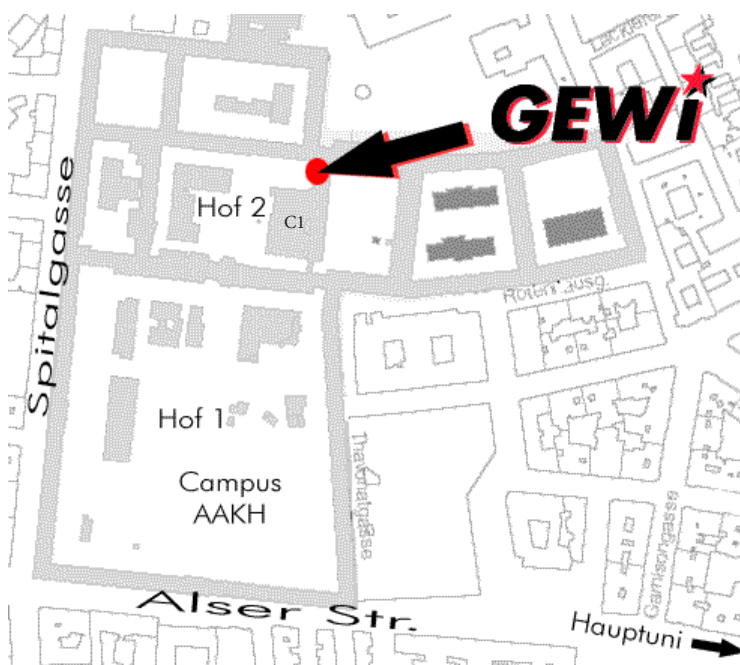
Die GEWI ist ein offener Ort, an dem alle Menschen, die sich mit unseren Grundsätzen identifizieren können, zu Mitarbeit und Verweilen eingeladen sind. Dazu gehört auch, dass wir für unsere Arbeit „repräsentative Demokratie“ ablehnen, da diese nur die jeweilige Mehrheitsmeinung unterstützt. Deshalb treffen wir uns jeden Montag um 18 Uhr zu gemeinsamen Plena und treffen dort konsensuale Entscheidungen.

Zu unseren Grundsätzen gehören ein emanzipatorischer, feministischer, antirassistischer und antifaschistischer Anspruch sowie die Unabhängigkeit von Gruppen, Parteien oder Fraktionen. Daraus resultiert eine basisdemokratische Arbeitsweise. Gleichzeitig verstehen wir uns auch als undogmatisch und sehen unsere Grundsätze vor allem als Ansprüche, denen als Gruppe und als Individuum absolut gerecht zu werden nicht immer leicht ist.

Die beiden Fakultätsvertretungen Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät (Hiku) und Philologisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät (Phiku) **arbeiten gemeinsam als FV Geisteswissenschaften (GEWI).**

Da wesentliche Entscheidungen für Forschung und Lehre in der Fakultät gefällt werden, reicht die Fokussierung auf die eigene Studienvertretung nicht aus. Ob eine Professur nachbesetzt wird und wie schnell dies geschieht, ob Geld für zusätzliche Lehrveranstaltungen bereitgestellt wird, etc. wird im Dekanat der Fakultät (mit)entschieden. Einzelne Studienvertretungen haben hiernur beschränkte Möglichkeiten einzuwirken. In der gegebenen Universitätsstruktur ist die Vernetzung der einzelnen Studienrichtungen miteinander und ein gemeinsames Auftreten in der Fakultät unbedingt notwendig.

Daher ist das Plenum der GEWI zentraler Diskussions- und Entscheidungsort und somit auch die Drehscheibe für sämtliche Belange der Fakultätsvertretung. Insbesondere Berichte aus allen betroffenen Gremien und Studienrichtungen, inhaltliche Auseinandersetzung und Erarbeitung von Positionen, sowie die Besichtigung der Mandatar_innen für die Fakultätskonferenz finden hier statt.



Plenum

Mo 18:00

Journaldienste:

Mo 11:30-18:00

Di 11:30-14:30

Mi 10:00-13:00

Do 15:00-16:00

Linker Lesestoff

Bibliotheken wie die Universitätsbibliotheken, die Nationalbibliothek oder Wienbibliothek sind wahre Riesen. Daneben gibt es aber auch kleinere Projekte, die sich dem einschlägigen Sammeln und Zur-Verfügung-Stellen von Büchern verschrieben haben. Eine solche Initiative ist die bibini: Die „Bibliotheksinitiative“ vernetzt verschiedene kleinere Bestände von Basis- und Institutsgruppen. Die gezeit hat einige der Leute getroffen, die am Auf- und Ausbau der bibini engagiert sind.

gezeit: Erzählt doch mal wie ihr auf die Idee gekommen seid mit der Bibliotheksinitiative und was dort passiert!

bibini-kollektiv: Begonnen hat es damit, dass wir die GEWI-Bibliothek (Fakultätsvertretung GEWI, Anm.) wieder zugänglich machen wollten. In unseren Räumlichkeiten haben wir ein riesiges Bücherregal voll mit Büchern und teilweise haben wir selbst nicht mehr gewusst, was da so rumliegt. Als wir mit der Arbeit begonnen haben, war es wie eine Zeitreise durch die jahrzehntelange Auseinandersetzung mit Themen auf der GEWI. Neben zugekauften Büchern fanden sich auch Zeitschriften – wie die gezeit –, Broschüren, Flyer, Reader zu Lesekreisen und Workshops. Sehr spannend! Quasi ein kleines Archiv über die Arbeit und thematische Auseinandersetzung der letzten

Jahrzehnte. Während wir begonnen haben das zu systematisieren und katalogisieren, haben wir uns gefragt, was für Schätze in anderen Räumen von Basis- und Institutsgruppen noch herumliegen müssen.

gezeit: Und wie gings dann weiter?

bibini: Es gab Vernetzungstreffen mit anderen autonomen Bibliotheksprojekten, wie der Bibliothek von unten in der Wipplingerstraße oder der Anarchistischen Bibliothek in der Lerchenfelderstraße – daraus entstand ein gemeinsamer Infofolder und ein Blog [1]. Parallel dazu haben einige von uns intensiv an der Homepage und der Suchoberfläche gebastelt. Bis jetzt haben sich vor allem andere Basisgruppen bei der bibini eingeklinkt, ihre eigenen Buch- und Medienbestände katalogisiert und über die bibini zugänglich gemacht... Die /bin (Basisgruppe Informatik, Anm.), bagruThewi (Theater-, Film- und Medienwissenschaft, Anm.) und bagruIE (Internationale Entwicklung, Anm.) sind inzwischen dazugestoßen. Insgesamt kommen wir auf rund 2000 Bücher.

gezeit: Gibt es da Schwerpunkte in den Bibliotheken der bibini, oder ist da alles durcheinander gesammelt?

bibini: Das ist unterschiedlich, je nach Bibliothek. Auf der /bin findet sich z.B. mehr zu Technik und IT,

auf der IE wiederum mehr zu Entwicklungspolitik, die GEWI hat einen Schwerpunkt auf Gender- und Geschlechtsthematiken. Wobei aber alle Bibs auf linke emanzipatorische Themen fokussieren, insbesondere die Gender Studies sind bei allen stark vertreten.

gezeit: Habt ihr den Plan das Projekt auszuweiten?

bibini: Ja, klar. Wir freuen uns über alle weiteren kleinen Bibliotheken, die ihre Bestände erfassen und in den Katalog geben wollen! Und wir helfen auch gern mit Know-How und Technik. Darüber hinaus lebt das Projekt ja auch davon, dass sich Leute einbringen und es weiterentwickeln.

gezeit: Wie kommen interessierte Leute an eure Bestände heran?

bibini: Eigentlich haben alle beteiligten Bibs Journaldienste in denen die Bücher geborgt oder gelesen werden können. Genaue Infos am besten auf der bibini-Homepage nachsehen.

gezeit: Ja, danke! Und noch viel Spaß beim Sammeln!

Mehr Infos und den gesamten Katalog gibt's auf: bibini.bagru.at und <http://fv-gewi.at/anderes/projekte/bibliothek>

[1] Blog von den autonomen Bibliotheksprojekten: <http://radikalhatbestand.noblogs.org/>

:bibini überblick:

Gewi - FV Gewi
Spitalgasse 2-4, Hof 2
www.fv-gewi.at / fv-gewi@univie.ac.at
01-427719670
Mo 11:30-18:00, Di 11:30-14:30,
Mi 10:00-13:00, Do 15:00-16:00

/bin - basisgruppe informatik
Währingerstraße 29, 3. Stock,
Raum 3.14
www.diebin.at / bagru@diebin.at
01-427719630

Bagru Thewi
Berggasse 11/12
(durch den Hof, Stiege 2, 1. Stock)
www.thewi.at
stv.theaterwissenschaft@oeh.univie.ac.at
01-427719655
Mo: 10:00-13:00, Do, 16:00-19:00

Bagru.IE
Spitalgasse 2-4, Hof 5
Afrikanistik
ie.bagru.at / bagru@ie.bagru.at
01-427723917
Mo 11:00-13:00, Di 10:00-12:00

5

Vertreter_innen der Basis

Ankreuzen oder anzünden: über Wahlfreiheiten, Basis und Demokratie auch an der Uni Wien

„Wahlen können den Eindruck erwecken, Einfluss auf die Politik zu haben“ - was wollen uns die Menschen sagen, die diese zynischen Aufkleber an Laternenpfählen und auf Kneipenklos verteilen? Soll im Stil der Hinweise auf Zigarettenpackungen vor einer Gefahr gewarnt werden, die im Grunde allen bekannt ist, die aber größer ist als sie in unserem Bewusstsein aufscheint? Und was heißt eigentlich

„Wahlen“? Alle Wahlen? Nur politische Wahlen? Oder sind am Ende alle Wahlen politisch? Und warum haben sie dann keinen Einfluss auf ‚die Politik‘?

Die Definition des Begriffs „Politik“ als das parlamentarische Geschehen in der Parteienlandschaft und ihrem direkten Umfeld umfasst nur einen kleinen Teil seiner eigentlichen Bedeutung.

Bedürfnisse und Interessen sind in einer Gesellschaft immer politisch, da so genannte individuelle Absichten immer auch andere Menschen betreffen. Sie entstehen aus einer

Gesellschaft heraus und wirken – ob verwirklicht oder nicht - auf diese zurück. Werden diese Interessen auf demokratische Weise definiert und verfolgt, wird erkennbar, wie bedeutsam die Unterscheidung in „politische“ und „unpolitische“ Themen und Betätigungsfelder ist.

Nadelöhr Repräsentation

Eine spannende Frage ist, in welchem Rahmen sich Wahlen – in postuliert demokratischen Gesellschaften - überhaupt abspielen. Normalerweise finden sich Menschen, die an einem durch

Wahlen legitimierten Politikbetrieb teilnehmen und -haben möchten, zu Interessengruppen zusammen – zu Parteien. Da sich aus der Mitgliederzahl einer solchen Partei ihre Möglichkeit zur Mitsprache und damit zur Einflussnahme ergibt, sind die inhaltlichen Ansprüche in relativ weit gefassten Parteiprogrammen beschrieben. Bei einer Wahl werden nun einzelne Personen zu Vertreter_innen der Partei-Gruppen-Interessen bestimmt, die selbige dann gegenüber den Gegenseiten verteidigen und durchsetzen sollen. Meinungen außerhalb der demokratischen Opposition werden bei und nach diesem Prozess nicht berücksichtigt. Bedürfnisse werden also als Interessen zuerst von einer Gruppe gebündelt auf Stellvertreter_innen übertragen, die diese umsetzen sollen. Die Menschen, die die den Stellvertreter_in durch ihre Wahl beauftragen, sind in diesem Fall nicht unbedingt identisch mit jenen, die von ihrer/seiner Arbeit betroffen sind. Dass es dabei zu Verzerrungen und Auslassungen kommt, ist auch ohne Absicht einzelner Beteiligter unumgänglich.

Wer und was nicht gefragt wird

Dazu kommt, dass nach parlamentarisch-demokratischen Grundsätzen nur jene Stellvertreter_innen, beziehungsweise Parteien, die die Mehrheit der abgegebenen Stimmen „besitzen“, das Regierungsgeschehen aktiv gestalten können. Konflikte um vielfältige und kontroverse Ansichten werden auf Seiten der Minderheit, vor allem aber auf jener der Mehrheit scheinbar aufgelöst. Der „Minderheit“ bleibt die Rolle der Opposition, sie ist also im Laufe einer Legislaturperiode

lediglich befugt, auf Handlungen der Mehrheit zu reagieren. Hier besteht die Gefahr, dass eine kritische Auseinandersetzung nicht nur mit Ergebnissen, sondern auch mit Beweggründen für Regierungsentscheidungen zu kurz kommt, denn die Mehrheit bestimmt die demokratische Ordnung: „Ist den BefürworterInnen der Mehrheitsposition erst einmal klar, daß ihre Position eine Mehrheit erhalten wird, so können sie oft den Abstimmungsprozeß beschleunigen, die Diskussion um die Bedenken der Minderheit abbrechen. In größeren Zusammenhängen entstehen häufig ständige Minderheiten, die von den Beschlüssen einer ständigen Mehrheit zunehmend ausgegrenzt und unterdrückt werden“ (Blackfield 1996). Auch die Situation an der Uni Wien bietet beste Voraussetzungen für solche Unterdrückungs- und Exklusionsmechanismen. Die etablierten Fraktionen bilden, unabhängig vom Wahlergebnis, an sich schon eine solche „ständige Mehrheit“, wodurch eine Diskussion ihrer Legitimation und Sinnhaftigkeit gar nicht erst entsteht.

Der Zugriff auf finanzielle Mittel und politische Infrastruktur (wie auch die Verfolgung persönlicher Karriereinteressen) sind Fraktionsmitgliedern vorbehalten und auch Gruppen und Personen, die keine direkte Verbindung zu Parlamentsparteien haben, müssen sich organisatorischen und damit immanenten prinzipiellen Strukturen anpassen.

Die Nähe der quasi landesweit bei ÖH-Wahlen vertretenen Fraktionen zu den jeweiligen Parlamentsparteien führt außerdem zu dem Eindruck, die Wahrung von „Parteiidentitäten“ stehe oft über der Dis-

kussion oder Umsetzung konkreter Inhalte. Personelle und ideologische Unterschiede scheinen einen gewissermaßen traditionellen Zwang zur Abgrenzung der Fraktionen voneinander zu bedingen, der nicht nur die Formulierung, sondern in der Folge natürlich auch die Umsetzung gemeinsamer Interessen verunmöglicht.

Meinungen von Personen, die sich nicht in dieses System repräsentativer Stellvertreter_innen einfügen können oder dürfen, erscheinen hier - wenn überhaupt - lediglich durch Personen, die gewisse Privilegien besitzen. Diejenigen, denen eine offizielle Kandidatur bei den ÖH-Wahlen an der Uni Wien verweigert wird, sind zum Beispiel Nicht-EWR-Staatsbürger_innen. Neben rechtlichen Hindernissen gibt es eine Reihe anderer Gründe, warum eine Kandidatur nicht in Frage kommt, wie zum Beispiel Lohnarbeit, Zeitdruck für den Studienabschluss oder die Pflege von Kindern oder Angehörigen. Die Vertretung von Interessen dieser Personen übernehmen also gegebenenfalls andere, die die jeweiligen Lebensrealitäten nicht selbst kennen – eine denkbar schwierige Aufgabe.

Alternative Basisdemokratie – Möglichkeiten und Begrenzungen

Eine Möglichkeit für Menschen, die aus verschiedensten Gründen keine parlamentarische Vertretung oder Teilhabe wahrnehmen, sind basisdemokratische politische Strukturen. „Unter sozialer Selbstorganisation wird verstanden, daß Individuen, die von Strukturen betroffen sind, Eintreten, Form, Verlauf und Ergebnis des Prozesses der Strukturetablierung selbst bestimmen und gestalten können, in-

dem sie durch Wechselwirkungen auf der Mikroebene Strukturen auf der Makroebene hervorbringen. Wir können von einem mangelnden Selbstorganisationscharakter repräsentativdemokratischer Modelle ausgehen (...)“ (Fuchs 2001). Sobald eine solche Gruppe aber bei ihrer Organisation oder der Umsetzung von Gruppeninteressen mit der bestehenden demokratischen Ordnung konfrontiert ist, wie das auch im universitätspolitischen Bereich häufig der Fall ist, werden die grundlegend unterschiedlichen Zugänge zu Politik und Verantwortlichkeit offensichtlich: Im Idealfall wird in basisdemokratischen Gruppen über Vorhaben unter Einbeziehung der Meinungen und Bedürfnisse aller entschieden – um diese umzusetzen, muss aber meist auf bestehende „vertretungsdemokratische“ Strukturen zurückgegriffen werden. Das bedeutet, dass sich Verantwortliche finden müssen, um bei Verwaltungs- und Entscheidungsstellen Anträge zu stellen, Verhandlungen zu führen oder Rechenschaft abzulegen. Diese Funktion geht über die reine Vermittlung von gemeinschaftlich gefassten Beschlüssen hinaus, da von den „Vertreter_innen“, die von der Gruppe mit einer lediglich kommunikativen Aufgabe betraut sind, gerade bei Anliegen mit Konfliktpotential verlangt wird, selbstständig zu argumentieren und schon aus Zeit- und Platzgründen meist keine Möglichkeit zur Besprechung mit der (Basis-)Gruppe besteht. Selbstorganisation und -verantwortlichkeit werden durch die Konzentration von Entscheidungsmacht auf Einzelne in solchen Fällen also verhindert, bevor sie Früchte tragen können.

Auch die Trennung von sozusagen hauptberuflichen Vertreter_innen,

also (Partei-)Politiker_innen und „Bürger_innen“ (oder auch Studierenden) begünstigt den Umstand, dass sich viele Menschen nicht in der Lage sehen, ihr Recht auf Mitbestimmung wahrzunehmen, beziehungsweise: einzufordern. „Je mehr eine gegliederte Arbeitsteiligkeit existiert mit politischen EntscheidungsträgerInnen samt Verwaltung auf der einen Seite und der Bürgerschaft auf der anderen Seite, je mehr also eine Trennung der Lebens- und Entscheidungsbereiche praktiziert wird, desto eher erlauben die gesellschaftlichen Verhältnisse hierarchische Spaltungen“ (Burnicki 2010). Den Menschen, die sich durch ihre Stimmabgabe mit einem Wähler_innen-Dasein begnügen (müssen), bleiben während der Legislaturperiode wenige Optionen, auf die Handlungen der von ihnen ausgewählten Vertreter_innen zu reagieren.

Was also tun, um ohne Fraktionszugehörigkeit, ohne Parteiidentität und Wahlkampf wirksam für die eigenen Bedürfnisse einzutreten? Wie beschrieben ist es schwierig, ohne die „offiziellen“ Strukturen handlungsfähig zu bleiben. Zu wichtig ist vor allem die finanzielle Unterstützung für Studierendenangelegenheiten, die vom Staat eben nur der ÖH zur Verfügung und Verteilung gestellt wird. Zu gering ist das Gehör für Personen und Initiativen, die keinem Institutionskontext zuzuordnen sind.

Die Entscheidung, das „kleinste Übel“ auf den Kandidaturlisten zu wählen, kann die Arbeit von basisdemokratischen Gruppen erleichtern und angenehmer machen, weil der Zugang zu benötigten Mitteln erhalten bleibt. Wer mit dem Widerspruch leben kann,

Sachverhalte zu nutzen und damit zu konsolidieren, die dem eigenen (politischen) Selbstverständnis entgegenstehen, der_dem sei diese Option ans Herz gelegt.

Nicht zur Wahl zu gehen heißt nicht nur auf demokratische Mitbestimmung zu verzichten, sondern auch, nicht weiter von unipolitischer Bedeutung zu sein, sofern mensch sich nicht auf andere Weise engagiert. Wir müssen uns nicht unbedingt für eine Möglichkeit entscheiden, sondern können die Vorteile beider kombinieren.

Wenn durch ÖH-Wahlen etwas verändert werden kann, das über die Farbe der Kopierpickerl hinausgeht, muss die Stimmabgabe als Mittel zum Zweck gesehen werden: die Zeit und Energie, die Stellvertreter_innen in Unipolitik für oftmals praktische Strukturen investieren, können abseits derselben für politische Selbstorganisation genutzt werden. Wenn wir durch Wahlen keinen Einfluss auf die Politik haben, muss unsere Politik Einfluss auf unsere Wahlmöglichkeiten nehmen.

Burnicki, Ralf: Repräsentative Demokratie oder selbstverwaltete Gesellschaft? Zeitgemäße Gedanken aus anarchistischer Perspektive. Malmö-Printausgabe Nr.48, 12.01.2010.

Blackfield, Charlie: Mehrheitsdiktatur und Konsensprinzip. Konsensverfahren als anarchistische Alternative zum Mehrheitsprinzip? In: Graswurzelrevolution Nr. 210, 1996

Fuchs, Christian: Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen. Wien: C.Fuchs 2001.

Artikel/Interview zu Möglichkeiten und Schwierigkeiten fraktionsfreier Studierendvertretung an den Kunstunis:
<http://fm4.orf.at/stories/1682581/P>

PädagogInnenbildung Neu

oder „Es ist noch zu früh, um zu feiern“

Seit 2008 wird in „ExpertInnengruppen“ an einer PädagogInnenbildung mit „zentralen Eckpunkte(n) für eine moderne Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer“ [1] gearbeitet. Am 3. April 2013 haben Schmid und Töchterle bereits zum zweiten Mal einen Gesetzentwurf präsentiert, dessen Umsetzung sich seit April auch die Universität Wien widmet. Eine Entwicklungsgruppe für die Uni Wien wurde im April beauftragt, die Rahmenbedingungen für das aktuelle Lehramtsstudium in die Struktur des Bologna-Systems zu überführen.

Ein achtsemestriger Bachelor mit 240 ECTS – und ein bis dato noch nicht definierter Master mit einer ebenso wenig verhandelten Induktionsphase (Berufseinführung) – soll nun im Sinne des mehr als lückenhaften Regierungsentwurfes, konzipiert werden. Der Bachelor, sowie der Master, sind für die allgemeinbildende Sekundarstufe vorgesehen und laut Regierungsentwurf sowohl von den PHs als auch von den Unis zu bespielen.

Die Trennung von PH und Unis soll aufgehoben werden, die LehrerInnen(aus)bildung

eine gleichwertige sein. Dies sieht das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung naturgemäß anders: *„Die Anforderungen an einen Deutschlehrer in der NMS [Neue Mittelschule] sind andere als die an einen Deutschlehrer in einem humanistischen Gymnasium“* [2]. Dass aber durch die Trennung der LehrerInnenbildung auch weiterhin an einem „Zwei-Klassen-Schulsystem“ festgehalten wird, ist erst in zweiter Instanz ersichtlich. Sowie aber auch die „Neue Mittelschule“ nur eine Umetikettierung erfahren hat, läuft nun auch die LehrerInnenbildung an der Universität Wien Gefahr, einem Umarmungsprozess zu unterlaufen: der achtsemestrige Bachelor entspricht dem derzeitigen Diplomstudium ohne dem zusätzlichen Semester für die Diplomarbeit. Inwiefern Querschnittsmaterien wie Mehrsprachigkeit, Inklusionspädagogik (derzeitige „Sonderschulbildung“) und anderes in einem derart straff auferlegten Bachelor an der Universität Platz finden wird, ist fraglich; insbesondere, da der aktuelle Regierungsentwurf keine freien Wahlfächer oder Erweiterungscurricula vorsieht. Umso vehementer wird seitens der ÖH gefordert, dass das Lehramt nicht in das Bologna-System gepresst wird, ohne jegliche Neuerungen, wie früher einsetzende Praxis – welche nicht daraus besteht, eine ein-

zige Stunde mit drei KollegInnen zu halten – und fachdidaktische Lehrveranstaltungen, welche mit den Fachwissenschaften verschränkt angeboten werden. An der Uni Wien soll in Zukunft ein Praxissemester angeboten werden, bei welchem alle vier Säulen der LehrerInnenbildung (Fachwissenschaft, Fachdidaktik, Bildungswissenschaft und Schulpraxis) vereint sind. Das Praxissemester ist zu begrüßen, doch darf es nicht die einzige Praxis im Studium neben dem Pädagogischen Praktikum (PÄP) in seiner jetzigen Form sein.

Die PH ist vor allem für das frühe Einsetzen der Praxis bekannt und bietet primär in dieser Säule eine Kooperationsmöglichkeit mit den Universitäten. Das oft genannte Argument der notorischen wissenschaftlichen Insuffizienz, die den PHs oft unterstellt wird, steht jenem der in der LehrerInnenbildung äußerst dogmatischen Universität gegenüber. Der neue Regierungsentwurf sieht vor, dass statt eines zweiten Schulfaches auch eine Spezialisierung in Medienpädagogik, Inklusionspädagogik, Mehrsprachigkeit und anderem möglich ist. Diese Alternative ist zumindest für die PH kein Novum, was ebenso eine Kooperationsfläche zwischen den beiden Institutionen ermöglicht und wünschenswert macht.

Dass vor allem der Master Konflikte provoziert, liegt nicht zuletzt an der Tatsache, dass ihn auch die Pädagogischen Hochschulen anbieten werden dürfen und an der Ungewissheit der Integrierung der ein- bis zweijährigen Induktionsphase in den Master selbst. Jener muss mindestens 60 ECTS umfassen und ein maximales Ausmaß von 120 ECTS annehmen. Die Forderung der Österreichischen HochschülerInnenschaft, dass es ein Masterstudium mit 120 ECTS mit einer integrierten Induktionsphase geben sollte, nicht nur um die soziale Absicherung der StudentInnen, sondern auch um eine internationale Anerkennung des Abschlusses zu garantieren, ist grundlegend. Ein 90 ECTS Master, wie er für die Uni Wien vorgesehen ist, kann auch die Auswirkung haben, dass er nicht zum Doktorat befähigt.

Ein weiteres Politikum, das seit Jahren grassiert, ist die Frage der Fortbildung. Bis dato waren es immer nur die PflichtschullehrerInnen, die zur Fortbildung verpflichtet wurden und die PHs, die diese getragen haben. Es muss der Anspruch gestellt werden, dass in Zukunft

alle PädagogInnen zur Fortbildung verpflichtet werden, um auch in Zukunft einen guten Unterricht zu garantieren, und dass sowohl Unis als auch PHs Fort- und Weiterbildungskurse anbieten.

Die kommenden curricularen Entwicklungen, die an der Uni Wien dreistufig vonstatten gehen sollen, müssen zur Sicherung der Qualität und des tatsächlichen Fortschrittes der LehrerInnenbildung von den Vorgaben des Regierungsentwurfes abweichen dürfen. Selbst ein parteipolitisch eingesetzter Qualitätssicherungsrat, der lediglich eine „Stellungnahme“ zu den Curricula abgeben darf, die aber bei Nichtrespektierung zur Streichung staatlicher Finanzierung der Universitäten führt, darf keinen Einfluss auf die Umsetzung der LehrerInnenbildung neu an der Uni Wien nehmen. Die LehrerInnenbildung darf keinem Kräftemessen zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) und dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und ergo den PHs und Universitäten unterliegen und somit eine mögliche fruchtbare Kooperation und Neuerungen

verunmöglichen. Die Österreichische HochschülerInnenschaft fordert daher einmal mehr, dass das Lehramt keine Nivellierung nach unten erfährt, sondern eine qualitativ hochwertige Ausbildung in Kooperation mit den Pädagogischen Hochschulen wird, die keinen parteipolitischen Diktaten unterworfen und den Ansprüchen zukünftiger Anforderungen an LehrerInnen gerecht wird.

[1] http://www.bmukk.gv.at/medienpool/19218/labneu_endbericht.pdf

[2] <http://diepresse.com/home/bildung/schule/1384678/Toechterle-und-Schmied-streiten-um-AHSLehrer>

ÖH Wahlen 2013: 14. - 16. Mai

Bei den Wahlen zur Österreichischen HochschülerInnenschaft kann die **Studienvertretung (STV)** – in kleinen Fächern in Form von **drei**, in großen Studienrichtungen von **fünf Personen** – gewählt werden. Auf dem Wahlzettel sind Name und Geburtsjahr der KandidatInnen in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet.

Darüber hinaus stehen für die Wahl zur **Universitätsvertretung** unterschiedliche Listen bzw. Fraktionen zur Wahl. Im Gegensatz zur STV darf nur eine Stimme abgegeben werden.

Gewählt wird zu folgenden Zeiten

Di: 10 – 18 Uhr

Mi: 10 – 20 Uhr

Do: 9 – 15 Uhr

im jeweiligen **Wahllokal**. Zur Stimmabgabe ist die Vorlage eines gültigen **Studienausweises** erforderlich. Hinweise zu Wahllokalen und weiterführende Informationen unter:

<http://www.oeh.univie.ac.at/arbeitsbereiche/wahlkommission/>

„Kapazitäten“ – „Studienplatzfinanzierung“ – „Zugangsregeln“ oder doch lieber „Orientierung“?

Eine kurze Auseinandersetzung mit StEOP, kapazitätsorientierter Studienplatzfinanzierung und der Frage, warum Orientierung die Regulierung des Zugangs über Aufnahmeverfahren ersetzen kann und sollte.

Ein kurzer **Rückblick**: Im Frühjahr 2011 wurde die „Studieneingangs- und Orientierungsphase“ geschaffen. Die Konsequenzen jahrelanger Unterfinanzierung der österreichischen Hochschulen sollten nicht durch notwendige Investitionen gelöst werden, sondern durch die Reduktion eines wesentlichen Kostenfaktors: der StudentInnen. In sämtlichen Studienfächern mussten „Einführungsmodule“ geschaffen werden, deren erfolgreiche Absolvierung zur Voraussetzung für das weitere Studium erklärt wurde. Die Anzahl der zulässigen Wiederholungen wurde beschränkt. Unter dem Deckmantel der Orientierung wurden Knock-Out Phasen (Ausleseverfahren) implementiert, die resultierenden Probleme sind weitgehend bekannt: StudienanfängerInnen werden systematisch am Studienfortschritt gehindert, das erste Semester dreht sich weitgehend um die Sicherung des weiteren Studiums anstelle fach-

licher Auseinandersetzung. Durch die rigiden Bestimmungen steht seither vor allem am Beginn jeden Studiums „Orientierung“ drauf, drinnen sind vorwiegend Knock-Out und bürokratische Hürden. Die **Fortsetzung** folgte auf dem Fuß: Rund ein Jahr nach der StEOP begann die Diskussion um die so genannte „kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung“. Aus dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung heißt es, dabei handle es sich um den „großen Wurf“, der schon seit Jahren überfällig ist. Nun würde die Finanzierung der Universitäten auf eine solide Grundlage gestellt, die Unis sollen für jeden anzubietenden Studienplatz auch das nötige Geld erhalten. Was auf den ersten Blick ganz vernünftig klingt, ist auf den zweiten ebenso eine Chimäre wie die Orientierung im obigen Beispiel. Die budgetären Probleme der Universitäten sollen einmal mehr nicht dadurch gelöst werden, dass dringend benötigte Mittel bereit gestellt werden, sondern durch die Begrenzung der Anzahl der Studierenden. Es bleibt also alles beim Alten, nur darf jetzt in quantitativen und qualitativen Auswahlverfahren

um Studienplätze gekämpft werden, der Mechanismus zur Ausweitung auf alle Studienfelder wurde gleich mitgeliefert. Im Rahmen von Multiple-Choice Tests, Aufnahmegesprächen und Selfassessments sollen nunmehr „die Geeignetsten“ gefunden werden, um das jeweilige Fach zu studieren.

Offene oder geschlossene Hochschule?

Wer die Diskussion um bildungspolitische Maßnahmen der letzten Jahre mitverfolgt hat, weiß, dass dem Ruf nach Zugangsbeschränkungen meist die „Erhaltung des freien Hochschulzugangs“ entgegen gesetzt wird. Grundlegend hierfür ist die Annahme, dass der Zugang zur Uni über die Matura all jenen ein Studium erleichtert, die zu den so genannten „bildungsfernen Schichten“ gezählt werden. Wer davon ausgeht, dass Bildung vor allem zur eigenen Entwicklung dienen oder auch die Möglichkeit zur Reflexion und Kritik eröffnen soll, sollte sich darüber hinaus auch dem Anspruch verpflichten, dass über Bildung (und dem Zugang zu dieser) auch

gesellschaftliche Verhältnisse in Frage gestellt und verändert werden können. Wer sich also scheinbaren budgetären Zwängen, die zur Rechtfertigung der Studienplatzbewirtschaftung dienen, nicht unhinterfragt beugen will, muss auch die Forderung nach Zugangsbeschränkungen in diesen Kontext setzen: Erstens sind alle „Zugangsregeln“ ein Instrument um Menschen den Zugang zu Bildung zu verweigern bzw. sie davon auszuschließen. Weiters ist für jedes noch so „objektive“ Verfahren belegt, dass Kinder aus AkademikerInnenfamilien überdurchschnittlich gut abschneiden, während andere nach Ablauf der Verfahren massiv unterrepräsentiert sind. Das liegt unter anderem daran, dass Kinder von AkademikerInnen andere Voraussetzungen in der Vorbildung, aber auch in der Prüfungsvorbereitung mitbringen, und diese Verfahren vor allem auch auf das abzielen, was gerne als „Soft-Skills“ bezeichnet wird. Selbstdarstellung oder Selbsteinschätzung sind nur zwei Beispiele für Faktoren die in Aufnahmeverfahren stark zum Tragen kommen, aber aufgrund von Sozialisation massiv ungleichmäßig über die Gesellschaft verteilt sind, und zwar nicht nur was den familiären Hintergrund, sondern etwa auch das Geschlecht betrifft. Wenn Bildung ein Vehikel sein soll, um die Verhältnisse zu hinterfragen, geraten zuvorderst Verwertungslogik, Selbstausbeutung oder Prekarisierung ins Blickfeld, ebenso die Überlegung wie im Rahmen des universitären Studiums Freiräume geschaffen werden können, um diese in Frage zu stellen. So wichtig es ist, diese Perspektive einzubringen, so notwendig ist es auch, auf einer sehr pragmatischen Ebene einzugreifen und Szenarien zu erarbeiten, wie

etwa ein „aktiv offener Zugang“ zur Universität im Lichte der oben geschilderten Entwicklungen gestaltet werden kann. Dreißig Jahre freier Hochschulzugang alleine haben bekanntlich nicht dazu geführt, dass für den Unizugang „Chancengleichheit“ hergestellt wurde.

Gegen jegliche Auswahlverfahren

Wenn Bildung einen emanzipatorischen Anspruch haben soll, muss der Zugang zu den Unis aktiv geöffnet, die Wahl des jeweiligen Studiums den AnfängerInnen selbst überlassen werden. Kompetenzen, Fähigkeiten, Wissen und was auch sonst immer, sollen im Studium erworben werden - eigene „Stärken“ nach Möglichkeit ausgebaut und kreativ zum Einsatz gebracht, eigene „Schwächen“ akzeptiert bzw. bewusst gemacht und reflektiert werden. Auch wissenschaftliche (Aus)bildung ist in weiten Teilen und auf unterschiedlichen Ebenen „Training“ und nicht der Vollzug angeborener „Eignung“. Wenn im Lichte der vergangenen Jahre und der verfehlten Bildungspolitik nunmehr der Ruf nach transparenten Aufnahmeverfahren, fairen Bedingungen und offen gelegten Regeln laut wird, ist dies nicht nur abzulehnen, vielmehr muss auch überlegt werden, wie ein offener Studienanfang überhaupt gestaltet werden könnte. Ein Blick auf die Zahlen von StudienanfängerInnen und -abbrecherInnen innerhalb der ersten Semester zeigt, dass der überwiegende Teil aller AbbrecherInnen unter anderem deshalb das ursprünglich gewählte Studium verlassen, weil sie zu der Einsicht gelangt sind, dass es sich bei diesem Studium in irgendeiner Form nicht um „das Richtige“ handelt. Auch

dieser Zustand ist massiv sozial selektiv: Die Möglichkeit, nach ein bis zwei Jahren noch das Studium zu wechseln, wird oftmals durch finanzielle Probleme vereitelt, die Konsequenz ist daher oft der Abbruch. Beispielhaft sind hierfür vor allem die „besonders überlaufenen Massenfächer“.

Was es also nach wie vor braucht, ist das was seit Jahren überall draufsteht, aber leider nach wie vor nirgends drinnen ist: Orientierung. Diese kann zwar nicht davor bewahren, endlich ordentlich Geld in den Bildungssektor zu investieren, aber sie kann dazu beitragen, dass nicht enorm viel Zeit, Aufwand und vor allem Ressourcen investiert werden müssen, um die endgültige Studienwahl zu treffen. In der Folge werden einige Maßnahmen vorgestellt, die diese Aufgabe einigermaßen gut erfüllen könnten. Die dafür notwendigen Mittel sind überschaubar; vermutlich würden jene Summen reichen, die gegenwärtig in die alles andere als billigen Auswahlverfahren investiert werden.

Fächerbündel für SchülerInnen und AnfängerInnen

Wer einen Blick in eine österreichische Maturaklasse wirft, wird feststellen, dass sich die wenigsten unter den angestrebten oder ausgeschlossenen Studienfächern etwas vorstellen können. Bis auf Wirtschaft, Jus, Medizin und Publizistik ist über den Inhalt der bereits besuchten Schulfächern hinaus nur wenig bekannt. Was an Universitäten tatsächlich gelehrt wird, ist ein noch viel größeres Mysterium.

Was könnte eine Uni wie die Uni Wien tun, um dieser Situation entgegen zu wirken? Neben

bestehenden Beratungsmöglichkeiten muss ein Angebot geschaffen werden, das angehenden StudentInnen die Chance gibt, sich einen Überblick über bestehende Fächer zu verschaffen und Gelegenheiten bieten, sich diese im Studienalltag anzusehen (siehe unten). Schon vor der Inskription muss es die Möglichkeit geben, sich realitätsnah mit dem Studium auseinanderzusetzen. Wer noch vor der Studienwahl die Gelegenheit bekommt sich Lehrveranstaltungen anzusehen und sich mit studienspezifischen Inhalten mehrerer Fächer auseinanderzusetzen mitunter leichter eine Entscheidung treffen oder sich überhaupt zum Studium

entschließen, vor allem dann, wenn das persönliche Umfeld keine Erfahrungen aus der eigenen „guten alten Studienzeit“ einbringen kann. Wer diesen Ansatz weiter denkt, kommt nicht umhin, das was momentan StEOP heißt, zu Gunsten anderer Modelle abzuschaffen. Wenn Universitäten Interessierte und StudienanfängerInnen mit fachspezifischen Inhalten konfrontieren und den Blick über den Tellerrand des begonnenen Faches hinaus ermöglichen, können ohne kostenintensive Auswahlverfahren und den Ausschluss von StudienanfängerInnen“ jene „Steuerungseffekte“ erzielt werden, auf

die Mangels sinnvoller Initiativen seit Jahren gewartet und gehofft wird. Gesetzt werden können erste Schritte an den Universitäten selbst. Ausnahmsweise könnte hier die „Autonomie“ dazu dienen, tatsächliche Verbesserungen herbeizuführen, um den Einstieg ins Studium zu erleichtern.

3 Vorschläge zur Abwendung von Zugangsbeschränkungen

1. Wer Interesse für Publizistik hegt soll etwa die Möglichkeit erhalten sich in die Einführungsveranstaltung und diverse Vertiefungsvorlesungen zu setzen und sich selbst ein Bild zu machen, in welcher Relation Kommunikationswissenschaften und Journalismus stehen. Lehrveranstaltungen wie diese könnten ohne Aufwand und Kosten zu Fächerbündeln fachnaher Studienfelder kombiniert und für SchülerInnen und AnfängerInnen geöffnet werden. So kann im Rahmen des letzten Schuljahres, in zu überbrückenden Wartephase oder aber zu Studienbeginn die Gelegenheit geschaffen werden, sich selbst seiner Interessen bewusst zu werden ehe auf Basis dessen eine fundierte Entscheidung für das weitere Studium gefällt werden kann. Die Bündelung von Lehrveranstaltungen aus unterschiedlichen, aber fachnahen Bereichen kann dabei Perspektiven eröffnen, die über bisherige Vorstellungen hinausgehen. Darüber hinaus würde die Durchlässigkeit zwischen einzelnen Bereichen erhöht und die Wahrscheinlichkeit eines Abbruchs reduziert: Bessere Orientierung und erhöhte Durchlässigkeit sind letztlich ein Beitrag zur Reduktion von Selektivität.

2. Neben diesen Angeboten könnten TeilnehmerInnen derartiger „Probestudien“ auch mit allerhand Material und Informationen aus den Lehrveranstaltungen versorgt werden. Von einführender Literatur, über PowerPoint Folien bis hin zu Live-Streams stünde in E-Learning-Plattformen all das bereit, was zur intensiven Auseinandersetzung mit der Frage „Will ich dieses Fach studieren?“ benötigt wird. Was ebenso fehlt, ist der Zugang für LehrerInnen, die mit einem Live-Stream und ein wenig Material wohl eher wüssten, wie sie ihre angehenden MaturantInnen über Studium und Inhalte an Unis informieren könnten, als beim jährlichen Bummel durch die BeSt (Messe für Beruf, Studium und Weiterbildung).

3. Informationsveranstaltungen zu Semesterbeginn: Wer überlegt was in naher Zukunft inskribiert werden soll, sollte die Möglichkeit haben, sich bei einer Kickoffveranstaltung einen ausreichenden Überblick über Studienangebote zu verschaffen. Neben Studienleitfäden und herkömmlichem Beratungsmaterial sollen hier vor allem Lehrveranstaltungs-bündel zum Ausprobieren präsentiert werden um die aktive Auseinandersetzung zu unterstützen.

Zur Durchlässigkeit des Bologna-systems an der Uni Wien

Die Einführung der „dreigliedrigen Studienarchitektur“ (Bachelor, Master, PhD) hat bekanntlich viele Nachteile und Jenseitigkeiten mit sich gebracht (die da wären: Verschulung, Voraussetzungsketten, überfrachtete Curricula, ...), während von den angekündigten Vorteilen hinsichtlich Erhöhung der Mobilität, besseren Spezialisierungsmöglichkeiten und internationaler Anerkennung der unterschiedlichen Abschlüsse letztlich nichts geblieben ist. Der Wechsel innerhalb desselben Studiums von einer österreichischen Universität an eine andere ist in vielen Bereichen sogar noch schwieriger geworden. Ein Wechsel der Studienrichtung oder des eigenen Schwerpunkts zwischen Bachelor und Master ist in vielen Fällen wenn überhaupt, nur sehr schwer und ohne jegliche Planungssicherheit möglich. Die Betroffenen sind aufgrund der monokratischen Entscheidungsstruktur vollständig von Einzelpersonen und deren Ent-

scheidungen (zuständige (Vize)Studienprogrammleitung) abhängig, der Rechtsweg bei Fehlentscheidungen ist ziemlich aussichtslos. Notwendig wären also vor allem demokratische Entscheidungsprozesse, um gravierenden Fehlentscheidungen entgegenzutreten bzw. zu verhindern. Kurzfristig wären zudem einige Schritte möglich, um den Übertritt vom Bachelor in den Master zu erleichtern:

Zum Einen würde es eine wesentliche Verbesserung bedeuten, wenn von den einzelnen SPLs für die jeweiligen Masterstudien klar ausgewiesen würde, mit welchen Vorstudien und zusätzlichen Auflagen welche Master belegt werden können. Wer sich in der zweiten Hälfte des BA-Studiums über einen anschließenden Master Gedanken macht, hat so einerseits die Möglichkeit aus tatsächlich in Frage kommenden Studien zu wählen, andererseits könnten die zu erwartenden Auflagen schon im Vorfeld absolviert werden. Die logische Konsequenz dieses ersten und praktisch völlig unproblematischen Schrittes wären Verordnungen für

besonders häufige Übertrittsszenarien, um das Inskriptionsprozedere entsprechend zu verkürzen. Für hunderte Übertritte könnte so das aufwändige Verfahren der Einzelfallprüfungen abgekürzt und die Fortsetzung des Studiums erheblich erleichtert werden!

Über die Erweiterungscurricula könnten darüber hinaus „Qualifikationsmöglichkeiten“ geschaffen werden, um die Durchlässigkeit zu erhöhen. Es muss möglich sein im Rahmen der Bologna-Struktur auf ein Nachbarstudium zu wechseln, oder sich in einen anderen Bereich zu vertiefen!

Darüber hinaus haben die Unis den gesetzlichen Spielraum, um die Zulassungsfristen für Masterstudien zu flexibilisieren. In einer Vielzahl von Fällen ist beim Übertritt ins Masterstudium das lange Warten auf das Bachelorzeugnis das größte Hindernis: wer nicht binnen der Nachfrist von der ohnehin völlig überlasteten Unibürokratie mit den notwendigen Unterlagen versorgt wird, ist dazu verdonnert auf das nächste Semester zu warten, und zwar ohne Studien- oder Familienbeihilfe, Versicherung etc.

für das angenehme Feiern – für alle.



autonome party aktion

meet us here:

08.05. Fest der Befreiung VIENNA

25.05. Soliparty (tba) VIENNA

Das Märchen vom feministischen Mainstream

Oder: Warum *Männer keine Opfer sind

Alle Jahre wieder – meistens pünktlich zu den ÖH-Wahlen – zeigt sich, dass mit dem Thema Feminismus im ansonsten recht eintönigen Forderungsbrei der Fraktionen politisches Profil gezeigt werden kann. Dabei fallen neben den linken Fraktionen, deren Anrufungen nach mehr Förderung von Studentinnen (sowie von Frauen in der Wissenschaft generell) und stärkerer Verankerung von feministischen bzw. frauen- und geschlechterforschenden Thematiken zum Standardrepertoire ihrer Programminhalte gehören, zunehmend defensivere und aggressivere Töne der konservativen und rechten Studierenden auf, die im Kontext eines zunehmenden antifeministischen (Medien-)Diskurses stehen.

Dabei liegen die Fakten offen am Tisch: „Wo die Problembereiche liegen, wird (...) einmal mehr deutlich: Während Frauen im – mittlerweile dreigliedrigen – Studium zahlenmäßig dominieren,

sinkt ihr Anteil bis hin zur Ebene der Professuren drastisch ab“ [1], heißt es zum Beispiel in einer aktuellen Studie zur Gleichstellung von *Frauen und *Männern der Universität Wien. Gender Mainstreaming – wie es dieser Publikation zugrunde liegt – ist wahrlich nicht die Speerspitze radikalen Feminismus und möchte weniger die den Ungleichheitsverhältnissen zugrunde liegenden Strukturen angreifen und verändern, als lediglich [2] den Kreis der Privilegierten um *Frauen und unter Umständen auch einigen glücklichen Wissenschaftler*innen mit Migrationshintergrund erweitern. Neben Förderungsprogrammen ist das sichtbarste Zeichen solcher Politiken vielleicht die Verwendung sogenannter geschlechtergerechter Sprache, die im universitären Kontext durchaus üblich geworden ist. Dabei gilt auch hier: Die Verwendung des Binnen-I's allein zeigt noch nicht unbedingt eine feministische oder kritische Haltung der Autor*in an, sondern weist lediglich auf den Umstand hin, dass Diskriminierung im (akademischen?) Umfeld nicht mehr ganz so offensichtlich ausgeübt werden kann.

„Genderterror“ und benachteiligte Männer

Angesichts eines eigentlich ernüchternden Resümees feministischer Kämpfe nach fast fünfzig Jahren „Zweite Frauenbewegung“ – Lohnschere, gläserne Decke, Doppelbelastung, rape culture (um nur einiges zu nennen) – ist es dennoch nur scheinbar erstaunlich etwa im Wahlprogramm der Aktionsgemeinschaft (AG) für die ÖH-Wahl 2013 folgendes zu lesen. Die AG fordert als letzten Punkt in ihren „10 Geboten“:

„Eine Wahlmöglichkeit der Studenten für Genderkurse in den Studienplänen, sowie die ausdrückliche Klarstellung, dass fehlendes Gender keinen Einfluss auf die Benotung wissenschaftlicher Arbeiten haben darf. Hier muss die Leistung im Vordergrund stehen!“ [3]

Als geübte Berufsemanze ist die Autorin irritiert. Wahlmöglichkeit für „Genderkurse“? Im Gegensatz etwa zur Johannes Kepler Universität Linz, in der Frauen- und Geschlechterforschung als Querschnittsmaterie in allen Curricula verankert ist, finden sich leider in nur sehr wenigen Studienplänen der Universität Wien verpflicht-

ende Lehrveranstaltungen dazu. Und Gendern statt „Leistung“? Obwohl die Theorie durchaus für sich spricht, dass wer nicht „gendert“, auch sonst nichts wirklich Geistreiches „leistet“, entspricht die hier formulierte Befürchtung (die sich in der Forderung ausdrückt) ganz und gar nicht der Realität universitärer Lehre.

Obwohl es aber nun verführerisch wäre, achselzuckend über diese Forderungen mit einem „Wenn es doch nur so wäre!“ hinwegzugehen, passen sich diese in aktuelle und medial weit verbreitete anti-feministische und reaktionäre Argumentationsdiskurse ein. Besonders interessant ist dabei eine neue vertretene „männliche Opferideologie und die dazugehörige ‚Berufung auf Gleichheit für die benachteiligten Männer‘, das heißt das Eintreten für umfassend definierte Männerrechte.“ [4] Es ist ein gängiges Argumentationsmuster der sogenannten Männerrechtsbewegung, sich als die Verlierer der Emanzipation von *Frauen darzustellen. Aber anstatt dabei im Blick zu haben, dass die herrschenden Geschlechterverhältnisse mit ihren Zumutungen *Männer ebenfalls einschränken (sie dennoch aber als Gruppe privilegieren), werden diese – etwa in Gestalt von Buben im angeblich weiblichen Kosmos Schule – als Opfer einer zu weit gegangen und falsch verstandenen Emanzipation imaginiert. In ähnliches Horn stoßen die AGgent*innen [5], wenn sie postulieren, dass Student*innen aufgrund einer nicht-geschlechtergerechten Sprache benachteiligt würden. Dabei bedienen sie nicht nur das Argumentationsmuster der Ungleichbehandlung, sondern unterstellen zudem, dass *Frauen-

förderung notwendigerweise leistungsfeindlich sei. Ein Klassiker im antifeministischen Diskurs. Dabei wird die Angst, die eigenen Domänen – hart erworben durch Männerbünde und männlichem, akademischem Habitus auf Kosten des Ausschlusses anderer wie *Frauen, Migrant*innen oder jener aus bildungsferner Schichten (möchte die Autorin hinzufügen) – zu verlieren, in Zeiten der Wirtschaftskrise und der damit einhergehenden Engpässe etwa am Arbeitsmarkt durchaus ihre Rolle spielen. Anzumerken bleibt hier noch, dass es auch keineswegs so ist, dass *Frauen sich diese Positionen nicht ebenfalls zu eigen machen können und von ihnen profitieren.

Die scheinbar harmlose Forderung also, die die Aktionsgemeinschaft in ihren „10 Geboten“ formuliert hat, bedeutet, dass selbst die Gender Mainstreaming-Forderungen nach Verankerung von Frauen- und Geschlechterforschung in Curricula und der Anwendung geschlechtergerechter Sprache bedrohlich ist. Bedrohlich ist sie, weil in den Gegenständen und in der Sprache jene sichtbar werden, die bislang unsichtbar blieben. Und das heißt nicht zuletzt, dass auch *Männer und deren Positionen nicht mehr als die unhintergehbare Norm zum Vorschein treten. Aber von der AG kann wohl auch nicht erwartet werden, herrschaftskritisch und progressiv zu agieren.

[1] Waltraud Schlögl: „Dünne Luft und langer Atem. Geschlechterverhältnisse an der Universität Wien.“ In: Gender im Fokus. Frauen und Männer an der Universität Wien, 3. Broschüre der Abteilung Frauenförderung und Gleichstellung der Universität Wien, 2011, S. 6. Online abrufbar unter: [sonalwesen/05_gender_im_fokus_kern_homepage.pdf. Zuletzt abgerufen am 15.04.2013](http://frauenfoerderung.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/per-</p>
</div>
<div data-bbox=)

[2] Keineswegs bestritten werden soll die Notwendigkeit derartiger Anliegen und die Hindernisse und Widerstände, die diesen entgegengebracht werden. Allerdings sind diese in ihrem Kern systemaffirmativ und daher nicht notwendigerweise gesellschaftsverändernd.

[3] „10 Gebote für die Aktionsgemeinschaft“: <http://www.aktionsgemeinschaft.at/oeh-wahl-2013/10-gebote-fuer-die-aktionsgemeinschaft>. Zuletzt abgerufen am 15.04.2013.

[4] Christa Hämmerle: „Genderforschung aus neuer Perspektive? Erste und noch nachfragende Anmerkungen zum Neuen Maskuli(ni)smus. In: L’Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft 2/2012. Online abrufbar auf eurozine.com unter: <http://www.eurozine.com/articles/2013-03-20-hammerle-de.html>. Zuletzt abgerufen am 15.04.2013.

[5] Selbstbezeichnung von Aktivist*innen der AG.

Nicht trotz. Wegen!

oder „wer selbst im Glashaus sitzt...“

Das Rosa und so...

Wenn etwas zum Café Rosa, aka Studibeisl, feststeht, dann, dass alle eine Meinung dazu haben – und wie auch immer die jeweilige Position sein mag, die Meinung dürfte in keinem Fall positiv ausfallen – Seien es die linken Aktivist*innen und Studienvertreter*innen, die seit über zehn Jahren einen selbstverwalteten, konsumfreien Raum an der Uni fordern, seien es die (ehemaligen) ÖH-Mitarbeiter*innen selbst, die diesen Raum geschaffen haben, seien es die rechten ÖH-Fraktionen, die seit jeher gegen dieses Projekt waren, sei es die breite Mehrheit der Studis, die sich ihre Infos über die Affäre aus den Medien besorgt hat – oder auch nicht. Was allerdings wesentlich auseinandergehen dürfte, sind die Gründe, aus denen man mit der Entwicklung unzufrieden ist. Und was außerdem feststeht, ist, dass die mittlerweile zwei Jahre alte Debatte ums Rosa sowohl die Gründe für dessen Errichtung verdeckt, als auch von dessen Gegner*innen dafür verwendet wird von eigenen Problemen abzulenken.

Was war da überhaupt los?

Aber der Reihe nach. Seit vielen Jahren wird vor allem, aber nicht nur, von Bagrus-Aktivist*innen ein Raum an der Universität Wien gefordert, der frei von Konsumzwang und diskriminierenden Strukturen sein sollte. Die Maximalforderung von dieser Seite beinhaltete eine Finanzierung allein durch die ÖH Uni Wien bei einer Verwaltung, die in den Händen eines – sich zu bildenden – Plenums liegen sollte. Nachdem Vorstöße, dieses Projekt umzusetzen, jahrelang am Widerstand des VSSTÖ und der chronischen Inkonsequenz der Forderungen gescheitert waren, beschloss schließlich 2009 die GRAS das „Studibeisl“ zum Koalitionsprojekt zu machen. Deswegen, und vor allem aufgrund des persönlichen Engagements von Einzelpersonen, konnte schließlich 2011 ein Lokal eröffnet werden, dessen Verwaltung teilweise in den Händen der Universitätsvertretung und teilweise in der Verantwortung einer Geschäftsführung und eines Plenums lag – das Café Rosa eben. Diese Konstruktion, die primär wirtschaftlichen und rechtlichen Notwendigkeiten geschuldet war, und nun vom VSSTÖ vehement eingefordert wurde, war nun dem Großteil derer, die ursprünglich einen Raum gefordert hatten, bei weitem

nicht basisdemokratisch und selbstverwaltet genug. Den rechten Fraktionen dagegen war ein Raum, der sich selbst, wenigstens in den Stellenausschreibungen, als feministisch, antiklerikal und antikapitalistisch definierte, ohnehin ein Dorn im Auge. Nachdem das Plenum aus den oben genannten Gründen – ein anderer Ausdruck dafür wäre Verweigerungshaltung – und aufgrund von einigen wirtschaftlichen Fehlentscheidungen nie wirklich funktionierte, musste das Rosa schließlich 2012 in seiner ursprünglichen Form schließen. (Hier muss angemerkt werden, dass das Lokal in der Zeit seines Bestehens die ihm zugedachten Funktionen als Lernraum, Treffpunkt und einfach nur Ort zum Feiern sehr gut erfüllte – Exkurs Ende). Diese Situation führte wiederum zu mindestens drei Entwicklungen. Zum einen wurde von Aktivist*innenseite erneut die Forderung laut, dass der Raum zukünftig selbstverwaltet sein solle, zum zweiten versuchte die ÖH Uni Wien (erfolglos) sich das Rosa und alles, was damit zusammenhing, so schnell wie möglich vom Hals zu schaffen und zum letzten nutzen die rechten ÖH Fraktionen unter begeisterter Mithilfe der Presse das Debakel für eine veritable Kriegserklärung an die verantwortlichen Personen und Fraktionen. Am Ende sind nun also alle unzufrieden, wenn auch aus

verschiedensten Gründen. Den einen ist die ÖH nicht linksradikal genug, den anderen zu sehr und die meisten ÖHler*innen selbst sind schlicht gefrustet.

Wer selbst im Glashaus sitzt

Aus der Retrospektive lässt sich nun nicht zuletzt folgendes festhalten. Große Summen sind in ein Projekt geflossen, dessen Umsetzung nicht gut geplant war und das nach seinem Scheitern mittlerweile bloß noch Spielball in den verschiedenen Wahlkampfstrategien und -schlammschlachten ist. Besonders die Aktionsgemeinschaft versucht politisches Kleingeld daraus zu machen. Verwirrend ist allerdings, dass diese Fraktion, die eigentlich das Abonnement auf Skandale und Skandälchen hat, dieses Debakel vollkommen ungehindert für sich ausnutzen kann. Wenn beispielsweise die AG mit Verweis auf das Café Rosa verlangt, dass sämtliche Projekte, die über 100.000 Euro kosten, vom Ministerium genehmigt werden müssen, wäre es angebracht anzumerken, dass die Aktionsgemeinschaft an der Universität Innsbruck 100.000 Euro an eine ÖVP-nahe Werbeagentur gezahlt hat, um im Tiroler Vorwahlkampf eine Kampagne gegen die erstmals nicht schwarze Innsbrucker Stadtregierung zu planen. Nicht, dass billigere Öffi-Tickets nicht wünschenswert wären, aber es stellt sich trotzdem die Frage warum das von der ehemals schwarzen Stadtregierung nie gefordert worden war.[1] Oder wenn, wiederum mit Verweis auf das Rosa, gefordert wird, dass das allgemeinpolitische Mandat der ÖH abgeschafft wird. In diesem Fall kommt es blöd, wenn die AG BoKu lauthals mit rassistischen (und dummen, ja eh) Argumenten

Debatten um Trachten-Tragen führt.[2] Mit Sicherheit ein Thema, dass einzig und allein – ebenso wie das Aufstellen von Maibäumen – dem Service für Student*innen dient. Wenn dann noch die ÖH WU das ganz und gar neutrale Hayek-Institut für Umfragen engagiert³, deren Fragen das Papier nicht wert sind auf dem sie gestellt werden – ja richtig, die AG WU lässt noch Umfragen auf Papier durchführen, mit Sicherheit die billigste aller Varianten – führt sich die demonstrative Seriösität der AG völlig ad absurdum.

Nicht trotz. Wegen!

Nicht, dass diese Fälle die finanziellen Verluste durch das Rosa irgendwie aufwiegen würden. Allerdings muss angemerkt werden, dass die Idee, einen Ort zu schaffen, der in unmittelbarer Universitätsnähe einen konsumfreien und für alle Personen möglichst angenehmen Raum zur Verfügung stellt, per definitionem dem Kriterium des allgemeinen Nutzens entspricht. Ein Kriterium, das die oben genannten Fälle schlicht nicht erfüllen. Insofern darf festgehalten werden, dass das Rosa ein Debakel war, dass die Planung einerseits vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt her unter aller Sau war und andererseits aus der basisdemokratischen Perspektive in keinem Fall selbstverwaltet war. Ebenso ist klar, dass das Krisenmanagement ebenfalls nicht mustergültig war. Alle diese Fehler sind passiert! Allerdings hat es sich definitiv um ein Projekt gehandelt, dass allen Studierenden zugute gekommen ist und bei dem keine Gelder an parteinahe Agenturen geflossen sind oder Wahlwerbung für eine Fraktion unter dem Mäntelchen des „Service“ gemacht wurde. Und nach-

dem der Großteil der Probleme, die das Rosa lösen wollte, trotz der neuen Uni-Cafeteria immer noch bestehen, bleibt wohl nur eines übrig: Der Anspruch, dass die ÖH selbstverwaltete, konsumfreie und diskriminierungsfreie Räume, sei es für Lerngruppen, sei es nur zum Abhängen, schaffen soll, muss aufrecht bleiben – also nicht trotz Rosa links wählen, sondern wegen dem Rosa!

[1] <http://ibk.vsstoe.at/100-000-e-an-studierendengeldern-fur-ovp-ag-wahlkampf/>

[2] <http://oekolili.blogspot.de/2013/01/16/rassismus-unter-dem-regenbogen/>

[3] Siehe dazu: <http://www.zeit.de/2012/43/Hayek-Institut-Wien>

FEST DER IG GESCHICHTE UND IG GERMANISTIK

FREITAG, 03.05.2013

AB 20:00UHR AM UNI CAMPUS

SPRITZER	2,-
BIER	1,5
VODKA	1,-
NON-ALK	1,-



18

IG InstitutsGruppe
Geschichte
Studienvertretung Geschichte

IGGERM 
INSTITUTSGRUPPE GERMANISTIK
Studienvertretung Germanistik

„Wir sind die Guten“

Über die Identitäre Bewegung

„0% rassistisch, 100% identitär“, „Wir sind die Guten“, „Heimat, Freiheit, Tradition“: Das sind die Parolen der Identitären Bewegung, einer in Österreich relativ neuen und aktionistischen Strömung des rechtsextremen Spektrums.

Zunächst eine kleine Chronik: Vorerst arbeitsteilig in zwei Gruppen aufgeteilt, bildete die mittlerweile aufgelöste und in der Identitären Bewegung aufgegangene Gruppe W.I.R. (Wiener Identitäre Richtung) die Rolle des intellektuellen Stichwortgebers, während die Identitäre Bewegung (IB) den aktionistischen Part übernahm. Das Konzept einer Identitären und deren politische Inhalte haben sie sich dabei vom französischen Bloc Identitaire und dessen Jugendorganisation Génération Identitaire abgeschaut, mit denen sie enge Kontakte pflegen. Mittlerweile hat sich der identitäre Trend auch unter Kadern der Jungen Nationaldemokraten und der NPD in Deutschland breitmacht, die Vorreiterrolle nehmen bislang jedoch die österreichischen Identitären ein.

Neben der Vernetzung mit anderen identitären Gruppen in Europa versuchen die hiesigen IdentitätsschützerInnen, Brücken ins rechts-extreme Eck zu schlagen.

So schaffte es W.I.R., ins rechtskatholische und nationalkonservative Spektrum rund um die Junge Europäische Studenteninitiative (JES) und den Wiener Akademikerbund, welcher mittlerweile eine rechts-extreme Abspaltung des Österreichischen Akademikerbunds der ÖVP darstellt, vorzudringen und auch Kontakte ins bundesdeutsche, neurechte Spektrum rund um Zeitschrift „Blaue Narzisse“ zu unterhalten.[1] Mit oben genannten Gruppen veranstalteten die Identitären im Sommer letzten Jahres einen Vortragsabend in den Räumlichkeiten des Wiener Akademikerbundes, auch diesen April ist ein ähnlicher Vortragsabend geplant.[2] Als Sprecher für die Identitären treten dabei deren Aushängeschild, Alexander Markovics, ehemals W.I.R., nun in der IB, auf, und für die JES Venzel Czernin.[3] Aber auch von Seiten des burschenschaftlichen dritten Lagers bekommen die Identitären Lob, unter anderem von Andreas Mölzers „Zur Zeit“ und von Martin Grafs Blog „unzensuriert.at“, auf den die Gruppe W.I.R. verlinkt. Ob die Identitären

durch eine Kooperation mit der JES und durch die - zumindest offizielle - Distanzierung zur freiheitlichen Parteipolitik weiterhin beim stramm deutschnationalen Lager aus Burschenschaften, FPÖ und deren Vorfeldorganisationen beliebt sein werden, bleibt dabei vorerst offen.

Eine gewisse Medienöffentlichkeit erlangte die Identitäre Bewegung durch Aktionen wie die Hardbass-Flashmobs gegen einen Tanzworkshop der Caritas und im Votivpark gegen die Flüchtlingsprotestbewegung, eine Aktionsform, die sie sich von osteuropäischen Neonazis abgeschaut haben. Am spektakulärsten war jedoch die versuchte Gegenbesetzung der von Refugeekaktivist_innen besetzten Votivkirche am 10. Februar diesen Jahres, die nach wenigen Stunden von den identitären Besetzern abgebrochen wurde.

Dass sich unter den Identitären personell einige burschenschaftliche Kader finden, welche sich schon zuvor an der neurechten Gruppe „Der Funke“ versucht haben, zeigt nicht nur die ästhetische Kontinuität, sondern auch der fortgesetzte Aktionismus an der Uni. In den letzten Semestern kam es immer wieder zu Störaktionen der Identitären bei linken bzw. antifa-

schistischen Veranstaltungen. Verbal grenzen sich die Identitären vom Neonazismus ab, verwehren sich gegen den Vorwurf des Rassismus und Antisemitismus und distanzieren sich von NS-Nostalgie und biologischem Rassendenken. Dass sie nichtsdestotrotz ein Haufen völkischer und nationalistischer Spinner sind, die ihren Rechtsextremismus hinter neuer Symbolik und anderen Begrifflichkeiten verpacken, beweist schon ein Blick in ihre Positionierungstexte. Zentral für die Ideologie der Identitären ist der Ethnopluralismus, d.h. die Vorstellung, dass Menschen untrennbar mit ihrer „Kultur“ bzw. ihrem „Volk“ verbunden sind, oder wie es bei den Identitären heißt: *„Unsere Identität ist für uns das Zusammenspiel aus unserer tradierten Kultur, unserem Bewusstsein, eine homogene, verwandte Gemeinschaft zu sein [...]“*. [4] Demenstsparend tritt auch ein typisch rechtsextremer Antipluralismus und Antiliberalismus zu Tage, wenn es etwa heißt: *„Demokratie [...] erfordert eine gewisse Homogenität in der Bevölkerung, damit sie einen gemeinsamen Willen bilden kann.“* Dass mit der Homogenität eine völkisch homogene Volksgemeinschaft gemeint ist, dürfte hierbei offensichtlich sein. Als Feindbilder dienen dabei Multikulturalismus und Islamisierung, womit sich die Identitären durchaus in einen ähnlichen Diskurs eines antimuslimischen Rassismus begeben, wie er auch von Seiten der FPÖ, PI-News, der Front National oder Pro Deutschland kommt. Angestrebt wird von den Identitären im Prinzip dasselbe, was sich auch FP-Europapolitiker vom Schlage eines Andreas Mölzer herbeiträumen: Eine Ansammlung von untereinander getrennten Volksgemeinschaften, oder wie es in der

Rechten heißt: „ein Europa der Vaterländer und Nationen“, welche als starker Gegenpol einerseits gegen die als angeblich volkszersetzend und kosmopolitisch imaginierte EU dienen soll, andererseits gegen einer als von den USA ausgehend imaginierten Globalisierung. Auch wenn die Identitären sich bemühen, sich in der Nahostkonfliktdebatte bloß nicht zu positionieren (weder Kippa noch Palituch), und sich vom NS-Antisemitismus abzugrenzen versuchen, lässt sich aus der identitären Globalisierungskritik doch ein struktureller Antisemitismus konstatieren. [5] So verwundert es auch nicht, wenn dann schon mal die identitären Kameraden von der neurechten „Blauen Narzisse“ das als völkisch homogen verherrlichte Nordkorea gegen den westlichen Imperialismus publizistisch verteidigen. [6] Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Identitären denselben völkischen Nationalismus, Rassismus und Antipluralismus wie die deutschnationalen Burschenschaften teilen. Was sie unterscheidet, ist im Wesentlichen der fehlende NS-Bezug und ein nicht zur Schau gestellter Antisemitismus. Schlussendlich fragt sich, ob der identitäre, neurechte Trend im österreichischen Rechtsextremismus mit seiner Distanzierung zu Antisemitismus und zur NS-Verherrlichung ernstgemeint ist, oder ob hinter der Maske der sich gemäßigt gebenden Identitären doch nur der althergebrachte Neonazismus steckt. Bestätigen würde letztere Annahme, dass wesentliche Teile des identitären Kaderpersonals selbst aus dem burschenschaftlichen und neonazistischen Milieu entstammen. Andererseits spricht der Fakt, dass sie die Gesellschaft von neurechten und rechtskatholischen Orga-

nisationen wie den Wiener Akademikerbund, die JES und die „Blaue Narzisse“ dem deutschnationalen burschenschaftlichen Milieu vorziehen, für eine ideologische Abkehr.

Dass diese Kooperationen aus taktischem Kalkül erfolgt, gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen Schwäche des Neonazismus nach dem Prozess gegen die Betreiber von Alpen-Donau-Info, kann zudem nicht ausgeschlossen werden.

Doch egal ob neonazistisch oder „gemäßigt“ neurechts: Einig sind sie sich in ihrem völkischen Nationalismus, ihrem Antifeminismus, Antiegalitarismus und Rassismus. Gerade der identitäre Aktivismus der letzten Monate hat gezeigt, dass sie als rechtsextreme Bewegung nicht unterschätzt werden darf. Antifaschistisches Engagement darf nicht bei den altbekannten Schmissfressen und deren Konsorten halt machen, auch das neurechte Identitätenpack muss Ziel antifaschistischer Kritik und Praxis sein.

[1] Zum Begriff „Neue Rechte“ und dessen Problematik siehe: Brigitte Bailer, *Partei statt Metapolitik. „Neue Rechte“ und FPÖ in Österreich*, in: Wolfgang Gessenharter, Thomas Pfeiffer (Hrsg.), *„Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?“*, Wiesbaden 2004, S. 163-174.

[2] <http://ib-oesterreich.at/?p=433>

[3] <http://wirfürwien.at/?p=438>

[4] http://ib-oesterreich.at/?page_id=13

[5] Zu strukturellem Antisemitismus siehe u.a. <http://www.trend.infopartisan.net/trd0101/t120101.html>

[6] <http://blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/3834>

„Vom Wahn und Wahnsinn der Soli (Solidarische Linke)“

Die Speerspitze Linken Antisemitismus', falscher Kapitalismuskritik und völkischen Denkens tritt zu den ÖH Wahlen an der Uni Wien an.

21

Was bei diesem eigenartigen Bündnis aus StalinistInnen (KSV-KJÖ und Young Struggle) und TrotzkiistInnen (Linkswende) als erstes ins Auge springt, ist der Unterschied ihres historischen Bezugsrahmens. Es stellt sich die Frage wie lange es überhaupt bestehen wird, also ob es überhaupt genug Gemeinsamkeiten gibt, die diese Gruppen miteinander verbinden. Zur Erinnerung: der letzte Versuch eines derartigen Bündnisses in Wien (die so genannte rote Antifa) hat sich innerhalb weniger Wochen an der so genannten Eispickelfrage (der Ermordung Leo Trotzki's) gespalten. Ich möchte nun ein paar Themen darstellen, die diese Gruppen dennoch verbinden.

Falsche Kapitalismuskritik

Diese ließ sich bereits in der Vorstellungsveranstaltung dieses Bündnisses beobachten. So hielt der KSV-KJÖ Vertreter (im Namen des Bündnisses Solidarische Linke) ein Referat in dem er zunächst

richtig feststellte, dass es eine zunehmende Entsolidarisierung unter den Studierenden gibt, im Anschluß daran aber den Fehlschluß zog, dass dies von irgendwelchen ominösen Kräften dazu verwendet werde, Studierende daran zu hindern, sich ihrem gemeinsamen Feind entgegenzustellen. Diesen Mist der falschen Kritik gab es bereits zu Zeiten eines Karl Marx - weshalb dieser, um dem entgegenzuwirken, bereits im Vorwort des ersten Bandes des Kapitals anmerkte:

„Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse ein Wort. Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpfer sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“ (MEW 23 S.16)

Die falsche Kritik dieses Bündnisses zeichnet sich also dadurch aus, dass sie Einzelne dafür verantwortlich macht, dass sich Studierende entsolidarisieren anstatt sich anzusehen wie die Dynamik kapitalistischer Produktionsweise von Studierenden (wie von den meisten Menschen) derart verinnerlicht wird, dass sie eben nicht nur zuallererst auf sich schauen sondern auch ihre KollegInnen sabotieren.

Linker Antisemitismus

Eine falsche und personalisierende Annahme über die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse bildet die Grundlage für jede Form von Antisemitismus - oder anders: Antisemitismus ist die Personalisierung und Projektion des gesamten kapitalistischen Herrschaftszusammenhangs auf Menschen, die als jüdisch gelten. Hier ist wichtig festzuhalten, dass es dabei irrelevant ist, ob sich diese Menschen selbst als jüdisch bezeichnen oder nicht, es handelt sich wie gesagt um eine Projektion. Der/Die AntisemitIn richtet sich gegen etwas, das als übermächtig, alles durchdringend und beherrschend empfunden wird - nur dass er/sie es eben als

das „jüdische Prinzip“ missversteht und nicht als kapitalistischen Herrschaftszusammenhang. Das ist auch der Grund dafür, dass sich der Nationalsozialismus zum Ziel setzte, Menschen, die als jüdisch galten, eben nicht zu versklaven wie dies z.B. bei PolInnen der Fall war sondern, entgegen aller wirtschaftlichen und kriegsstrategischen „Rationalität“, restlos zu vernichten.

Als Reaktion auf diese Ideologie des Antisemitismus hat sich eine Bewegung entwickelt, die zum Ziel hatte und hat, Menschen, die vom Antisemitismus bedroht sind, einen einigermaßen sicheren Aufenthaltsort zur Verfügung zu stellen. Diese Bewegung war und ist der Zionismus, das Bestreben vieler Juden/Jüdinnen nach einem eigenen Staat.

Nach dem Menschheitsverbrechen des Holocaust hat sich der Fokus von emanzipatorischem Handeln selbst verschoben, da sich gezeigt hat, dass diese Gesellschaft zu Schlimmerem in der Lage ist als dem kapitalistischen Normalvollzug: nämlich seine negative Aufhebung in ein wahnhaftes Mordkollektiv. Daher gilt: „(...) im Stande der Unfreiheit (...) Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole nichts ähnliches geschehe... (Adorno ND S.358) Die Unfähigkeit der meisten Linken, diese historische Erfahrung zu reflektieren und sich mit dem Ziel des Zionismus solidarisch zu zeigen verkennt den Charakter des Antisemitismus und die Gefahr, die von ihm ausgeht - und ist damit selbst schon eine Form der Holocaustrelativierung und tendiert selbst zum Antisemitismus. Es lohnt sich hier einen Blick auf die Positionen der Linkswende zu werfen um den antisemitischen Wahn in Aktion zu erleben:

Um es auf den Punkt zu bringen: Aus der marxistischen Sicht ist ein unbelesener, abergläubischer, muslimischer palästinensischer Bauer, der die Hamas wählt, unterstützenswerter, als ein belesener, liberaler und atheistischer Israeli, der hinter dem Zionismus steht. (<http://www.linkswende.org/6174/Die-linke-Sicht-der-Dinge-auf-Atheismus>)

Die Hamas bekennt sich in ihrer Charta offen dazu, Juden/Jüdinnen restlos vernichten zu wollen. Ein Glück, dass sie hierzu nicht in der Lage sind und perspektivisch auch nicht sein werden. Jedoch stellen sich Organisationen wie die Linkswende mit ihrer Parteinahme definitiv nicht auf die Seite der Emanzipation sondern auf die der Barbarei.

„Solidarität ist die Zärtlichkeit der Volksgemeinschaften“

Mit dem Antimperialismus der Solidarischen Linken, der immer mit ihrem Antisemitismus einhergeht wird klar, wo diese Gruppen ihren Feind ausmachen. Mit dem permanenten Verweis auf wirtschaftliche Interessen wird das Vorgehen westlicher Staaten gegen islamistische, faschistoide und Israel hasende Staaten und Organisationen dämonisiert. Es soll hier nicht bezweifelt werden, dass militärische Aktionen meist herrschaftssichernden Interessen folgen. Jedoch stellt sich die Frage, ob eine solche Aktion eventuell doch in der Lage ist, aus den falschen Gründen das Richtige zu bewirken. Konnten diese AntimperialistInnen zu Zeiten eines Vietnamkrieges und Interventionen in Chile noch von sich behaupten, auf Seiten des Fortschritts zu stehen (ob das stimmte

oder nicht ist wieder eine andere Frage), so ist es nun offensichtlich, dass das Weltbild dieser AntimperialistInnen nicht so weit weg von dem der FaschistInnen ist, wie oft behauptet wird. Das Ziel der allgemeinen menschlichen Emanzipation wird aufgegeben zugunsten eines völkischen Denkens: jedes Volk auf seinem Boden und ja nichts von außerhalb. Es wird sich ohne mit der Wimper zu zucken auf die Seite von Hamas, Ahmadinejad und den IslamistInnen in Mali gestellt. Die Ermordung Homosexueller und GegnerInnen des Regimes, die eliminatorischen Vernichtungsdrohungen gegen Israel und die Unterdrückung von Frauen spielen keine Rolle mehr. Der Rassismus dieser Weltanschauung besteht darin, nicht universell die Emanzipation der Menschheit zu fordern, sondern die Verwirklichung von Gemeinschaften nach dem „Blut- und-Boden-Prinzip“, von der Jüdinnen/Juden natürlich ausgeschlossen sind.

„Mund auf - aber nicht schlucken“

Auch wenn es hin und wieder wichtig und witzig sein kann sich über die Prüderie der Linken lustig zu machen scheint es befremdlich wenn Gruppen in einem Zustand um 1917 herumozillieren. So zu betrachten bei der sogenannten Antisexismuskampagne der KJÖ. Es werden wiedereinander irgendwelche FeministInnen aus der glorreichen Sowjetunion hergenommen um zu zeigen: wir waren schon immer cool. Dass Alexandra Kollontai für die KJÖ nur als Feigenblatt interessant ist, zeigt sich in der Art und Weise der Präsentation: reine Biographie statt einer Auseinandersetzung mit der Theorie

(womit man diesen Personen sehr viel respektvoller gegenüber treten würde).

Auch die Titel der einzelnen Artikel sprechen für sich selbst: „Schlucks nicht, spucks aus, schlag zurück“, „Mund auf, Lohnschere zu“, „Ein revolutionäres Frauenbild könnte zu unerwarteten weiblichen Orgasmen führen“. Die Sexualisierung von Ti-

teln, die sich zufälligerweise mit den Unterdrückungsverhältnissen von Frauen „beschäftigen“, bewirkt eine Degradierung der Thematik im Vergleich zu anderen Themen. Offensichtlich kann die KJÖ nur ans Ficken denken wenn es um die Diskriminierung von Frauen geht.

Überflüssig zu erwähnen, dass jene Artikel, die sich mit dem Zusammenhang von Sexismus und

Kapitalismus „auseinandersetzen“, die selbe falsche Analyse der Verhältnisse zu Grunde liegt wie sie eingangs erwähnt wurde. Wer sich also dazu berufen fühlt, bei den anstehenden ÖH Wahlen Leute zu wählen, die das Ding mit der Emanzipation ernst nehmen, sollte von der Solidarischen Linken besser die Finger lassen.

fernetzt

Junges Forschungsnetzwerk Frauen- und Geschlechtergeschichte

Ziel von fernetzt ist es, Raum für ein Netzwerk zwischen jungen ForscherInnen aus dem Bereich der Frauen- und Geschlechtergeschichte zu schaffen. Als international ausgerichtete und interdisziplinär offene Plattform bietet fernetzt Möglichkeiten für wissenschaftlichen Austausch und fördert junge Forschung.

Im Zentrum der Vereinsarbeit stehen regelmäßige Treffen. Diese bieten ein geschichtswissenschaftliches Forum, innerhalb dessen Forschungsarbeiten vorgestellt und diskutiert werden können. Ein zweiter Schwerpunkt besteht in der Auseinandersetzung mit den methodischen und theoretischen Hintergründen der Frauen- und Geschlechtergeschichte, deren intensive Behandlung in der universitären Ausbildung leider oft zu kurz kommt. Zu den regelmäßigen Aktivitäten von fernetzt zählen Lesekreise, Workshops und informelle Vernetzungstreffen. Die fernetzt-Tagung „Un/diszipliniert? Methoden, Theorien und Positionen der Frauen- und Geschlechtergeschichte“ fand von 27. bis 29. Februar 2012 am Campus der Universität Wien statt.

Eingeladen sich zu fernetzen sind alle DissertantInnen und MA-StudentInnen, die im Bereich der Frauen- und Geschlechtergeschichte forschen, sowie alle anderen, die sich selbst als wissenschaftlichen Nachwuchs verstehen und deren Projekte innerhalb der historisch ausgerichteten Gender Studies angesiedelt sind oder an diese angrenzen. Wir freuen uns sehr über fernetzte aus den Nachbardisziplinen der Geschichtswissenschaft. Auch DiplomandInnen und diejenigen, die gerade an ihrer Masterarbeit sitzen, sind herzlich willkommen!

fernetzt.univie.ac.at

Frauen*projekte: Wissenschaftliche Schreibwerkstätten und Diplomand_innencoachings

Die Frauen*projekte werden von einem kleinen Kollektiv engagierter Studentinnen* organisiert. Die Idee der Frauen*projekte ist es im Rahmen von Workshops, in denen Frauen* gemeinsam mit Trainer_innen* an wissenschaftlichen Texten und/oder Diplomarbeit arbeiten können, aktiv gegen die immer noch vorHERR*schenden Strukturen der Universitäten gegenzusteuern.

**Jedes Semester werden
mehrere Schreibwerkstätten
und Coachingsangeboten.
Die Anmeldung beginnt
jeweils zu Semesterbeginn.**

**Alle Infos unter:
frauenprojekte.bagru.at**

